

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Völkerbund

Erzberger, Matthias

Berlin, 1918

Zweites Kapitel

[urn:nbn:de:bsz:31-242823](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-242823)

„Die Völker der Erde rufen nach Schutz gegen die weitere Verelendung durch Kriege, nach einem Völkerbund, nach internationalen Schiedsgerichten, nach Vereinbarungen über gleichmäßige Abrüstung. Die feindlichen Regierungen haben teils aus innerer Überzeugung, zum Teil auch wohl aus taktischen Rücksichten heraus sich diesen Ruf zu eigen gemacht. Am Widerspruch des Deutschen Reiches, das, seit es besteht, im Frieden lebte, wird keine dieser Forderungen, deren Erfüllung allerdings geeignet wäre, das Los der kommenden Geschlechter zu erleichtern, scheitern.“

Weder die deutsche Regierung, noch die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wollen die Vorherrschaft in der Welt, aber ebensowenig wäre die in einem Völkerbund organisierte Vorherrschaft Englands oder Amerikas erträglich. Ein englisches Weltreich oder ein Völkerbund unter englischer Führung, was auf eins herauskäme, wäre keine Friedenssicherung, ebensowenig wie eine Herrschaft des deutschen Imperialismus die Völker vor Befreiungskriegen bewahren würde. Die Geschichte zeigt, daß alle Versuche, den Frieden durch Universalreiche und Weltimperien zu sichern, fehlgeschlagen sind und nur neue Blutmeere geschaffen haben. Lernen wir aus der Geschichte!

Zweites Kapitel.

Weltfriedenssicherungen in der Geschichte.

Der Weg, auf dem bisher in der Geschichte der Versuch gemacht worden ist, den Weltfrieden dauernd zu sichern, war in den meisten Fällen der Weg der Gewalt durch Errichtung eines Universalstaates, der alle Völker seiner Oberherrschaft unterwarf und ihnen den Frieden aufzwang. Ihnen sind die Begründer der großen Weltreiche im Altertum vorangegangen, und im römischen Staate ist es zum ersten Male gelungen, den Gedanken „über das Weltreich zum Weltfrieden“ in die Wirklichkeit umzusetzen. Beinahe vier Jahrhunderte lang, von der Schlacht bei Aktium bis zum Beginn der Völkerwanderung, hat damals die Menschheit eine Periode nahezu ungestörten Friedens durchlebt. Von den Wässern Babylons bis an die Säulen des Herkules, von den Bergen Schottlands bis an die Wüsten Nordafrikas herrschte damals, durch die Waffen der siegreichen römischen Legionen aufrecht erhalten, die Pax Romana. Die gesamte damalige Kulturwelt, die „Oikumene“, stand unter einheitlichen Institutionen und Gesetzen. Eine Sprache, eine Münze,

ein Verkehrssystem war im ganzen Reiche eingeführt und Bestrebungen in ihm verwirklicht, die die Menschheit seitdem nicht wieder durchzusetzen vermocht hat.

Die Erinnerung an den römischen Universalstaat, der der Menschheit die längste Periode des Friedens gewährt hat, ist seitdem in der europäischen Geschichte lebendig geblieben. Immer wieder hat man den Weltfrieden auf dem Wege und mit den Methoden des alten Roms wiederherzustellen gesucht. Der römisch-imperialistische Reichs- und Friedensgedanke liegt der Politik der mittelalterlichen Kaiser zugrunde, deren Streben darauf gerichtet war, das römische Reich in seiner christlichen Form zu erneuern. Dichter und Philosophen wie Dante (*De monarchia*), Marsilius von Padua (*Defensor pacis*), Honné Bonnor (*Arbre de la paix*), Leibniz und schließlich im 19. Jahrhundert einzelne Romantiker sahen die Sicherung des Weltfriedens in der Universalherrschaft des Kaisers. Am meisten hat der imperialistisch-römische Gedanke die französische Politik der *Prépondérance légitime* beherrscht. Jahrhundertlang bildete die Idee der Wiederherstellung des römischen Reiches, das durch Karl den Großen auf die Franken übertragen worden, die Triebfeder des französischen Strebens. Immer wieder haben die französischen Könige sich bemüht, die römische Krone Karls des Großen wieder zu gewinnen und Frankreich an die Spitze Europas zu bringen. Dieses Ziel hatte das erste große Friedensprojekt der neueren Geschichte, der von dem französischen Minister Sully entworfene „*Grand Dessein de Henri IV.*“, und es liegt auch dem berühmten „*Projet pour la paix*“ des Abbé St. Pierre zugrunde.

Der Vorschlag war im Grunde genommen ein Kriegszielprogramm. Er bezweckte die Vernichtung der habsburgischen Monarchie, die das schwerste Hindernis für die Aufrichtigkeit einer französischen Hegemonie in Europa darstellte. Dieses Streben nach der europäischen Vorherrschaft sollte in dem Plane eines europäischen Völkerbündnisses verhüllt werden.

Nach der Idee Sullys sollte zunächst ein Bündnis zwischen England, Dänemark, Schweden und Frankreich abgeschlossen werden. Dieser Bund sollte der habsburgischen Monarchie den Krieg erklären und sie zertrümmern. Die spanischen Niederlande sollten dann an Holland fallen und aus beiden Gebieten ein Staat Belgien errichtet werden, ein Gedanke, den dann später Talleyrand auf dem Wiener Kongress zum Nutzen von Frankreich durchgeführt hat. Die in spanisch-habsburgischem Besitz befindliche Franche-Comté und das in österreichisch-habsburgischem Besitz befindliche Elsaß und Tirol sollten an die Schweiz fallen, die damals in hohem Maße von Frankreich abhängig war. Die deutschen Fürsten sollten von der Vorherrschaft des habsburgischen Kaiserhauses frei gemacht, d. h. das Deutsche

Reich in seine Bestandteile aufgelöst werden. Aus Böhmen und Ungarn wollte Sully, wie heute die Entente, selbständige Königreiche errichten. Ebenso sollte in Italien die spanisch-habsburgische Herrschaft beseitigt und die unter habsburgischer Herrschaft stehende Lombardei mit Piemont, das spanische Neapel mit dem Kirchenstaat vereinigt werden, so daß der Herzog von Piemont und der Papst die Führung über die im übrigen in viele Republiken eingeteilte Apenninhalbinsel (Genua, Lucca, Florenz, Parma, Piacenza, Modena) erhielten. Es war ein ähnliches Projekt wie das, mit dem Napoleon III. im Jahre 1859 die französische Oberherrschaft über Italien zu begründen suchte.

Für Frankreich selbst verlangte Sully, wie heute England und Amerika, keine direkte Machterweiterung. In der Tat konnte Frankreich auf eine solche verzichten. Wurde die habsburgische Monarchie zerschlagen, so hätte Frankreich im Osten das relativ schwache Belgien, die uneinigen deutschen Fürsten, die abhängige Schweiz, das ungefährliche Piemont zu Nachbarn. Es war dann der weitaus größte Staat in Europa und die europäische Vorherrschaft fiel ihm von selbst zu. Es hätte durch das Schwergewicht seiner Macht die erste Stimme in diesem Bunde gehabt. War die habsburgische Monarchie zertrümmert, so sollte die Türkei zerschlagen werden, was bei der Stellung, die Frankreich damals im nahen Orient einnahm, die französische Vorherrschaft in der Levante bedeutet hätte. Auch im Hinblick auf die Türkei hat Sully in seinem Friedensentwurf den heutigen Plan der Entente vorweggenommen.

Der Abbé St. Pierre, der sein Projekt zur Zeit des Utrechter Friedens, nachdem der Grand Dessein einer Herstellung der französischen Hegemonie und des französischen Friedens in für Frankreich blutigen und opferreichen Kriegen gescheitert war, herausbrachte, suchte wenigstens das Kaisertum Deutschland zu entreißen und auf diese Weise die Vorbedingungen für eine Vormachtstellung Frankreichs zu schaffen. Noch heute sind die gebildeten Kreise Frankreichs in dem Glauben befangen, daß die durch den Besitz des Rheines gesicherte Vorherrschaft der französischen Nation und der französischen Kultur auf der Erde die Verwirklichung des Traumes vom ewigen Frieden bedeute und noch heute ruft der französische Historiker Edouard Dault, der in seinem Buche „Les traditions politiques de la France“ nichts Geringeres als die Vorherrschaft Frankreichs zu beiden Seiten des Atlantischen Ozeans erstreckt, aus: „Frankreich muß seine physische Konstitution in dem Gebiete des Rheins endgültig vollenden, um seinen Beruf der Befreiung zu sichern und der harrenden Welt die gute Nachricht vom dauernden und fruchtbaren Frieden verkündigen zu können, dem Frieden, der hundertjährigen, ja tausendjährigen Wohlstand bringt.“

In dem Empire Napoleons I. erreichte Frankreich auf kurze Zeit nahezu sein Ziel: er erneuerte das weströmische Reich Karls

des Großen und gewann die Hegemonie über Europa, die nach Napoleons I. Absicht nichts anderes als den dauernden Frieden bedeuten sollte. Denn wie er in den Memoiren von St. Helena aus- sagt, habe er die europäischen Völker durch seine Kriege in einer Konföderation, die durch die „Einheit der Gesetze, der Prinzipien, der Meinungen, Gefühle und Interessen“ zusammengehalten würde und an deren Spitze das Kaisertum mit einem Kongreß über das gemeinsame Wohl der „großen europäischen Familie“ wachen sollte, zusammenbringen wollen. „Der Friede von Moskau hätte meine Kriegsexpeditionen beendet. Er hätte den Beginn der Sicherheit bedeutet. Ein neuer Horizont, neue Arbeiten, erfüllt vom Wohl und dem Gedeihen aller, hätten sich entwickelt. . . . Die Auf- gabe des Jahrhunderts wäre erfüllt, der Revolution vollendet ge- wesen; es handelte sich nur darum, es zu verbessern mit dem, was sie nicht zerstört hatte. Mir oblag die Aufgabe. Ich hatte sie langer Hand vorbereitet. . . . Ich wäre der Brückenbogen der alten und neuen Allianz geworden, der natürliche Vermittler zwischen der alten und neuen Ordnung der Dinge.“

In der französischen Revolution war der Gedanke, auf imperialistischem Wege den Weltfrieden zu begründen, mit dem im Zeitalter der Aufklärung entstandenen demokratischen Gedanken in Verbindung getreten. Ein dauernder Friede schien den Vertretern der französischen Aufklärung als unmöglich, solange die souveräne Gewalt in den Händen von Fürsten lag. „Der Friede“, so sagte Voltaire, „kann zwischen Fürsten ebensowenig bestehen, wie zwischen Elefanten und Rhinocerosen, zwischen Wölfen und Hunden. Fleischfressende werden sich immer bei der ersten Gelegenheit in Stücke zerreißen.“ Man lebte in der optimistischen Anschauung von der angeborenen Güte und Friedfertigkeit des Volkes und der absoluten Böswilligkeit der Fürsten. „Die aus Ehrgeiz geborenen Kriege werden aufhören, wenn die Masse des Volkes sich zur Geltung bringt: denn nur einige Generale und Minister haben von den Kriegen zu gewinnen.“ So schrieb Voltaire. Zu dem mili- tärlichen Imperialismus gesellte sich der ideenpolitische, zu der äußeren Expansion die Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Staaten.

Noch im 6. Titel der französischen Konstitution erklärte die kon- stituierende Versammlung: „Die französische Nation verzichtet darauf, einen Krieg in der Absicht, Eroberungen zu machen, zu unternehmen, und sie wird niemals ihre Kräfte gegen die Freiheit irgendeines Volkes wenden.“ Bald darauf wurde aber auf Kosten des deutschen Volkes der Rhein als die natürliche Grenze Frank- reichs erklärt. „Soll uns“, so fragte Eschassériaux der Ältere, „von dem Kriege, den wir geführt haben, nur der unfruchtbare Ruhm, für die Freiheit anderer Völker gekämpft zu haben, bleiben? Unsere

Gelder, das kostbare Blut so vieler braver Soldaten wären vergeblich geflossen?“ „Nicht, um Eroberungen zu machen, sondern, um Maßregeln zu ergreifen, den Feind außerstand zu setzen, zu schaden und seine eigene Verteidigung zu sichern“, sei die Einverleibung der deutschen Gebiete notwendig: „denn die Eroberung wird legitim, wenn sie aus dem Bedürfnis hervorgeht, den künftigen Angriff zurückzuschlagen.“ So ging die Friedens- und Befreiungspolitik der französischen Revolution sehr bald in eine Annexions- und Hegemonialpolitik über, und an Stelle des Friedens und der Freiheit kamen blutige Kriege und der napoleonische Militarismus.

Die Heilige Allianz hat diese Politik fortgesetzt, nur daß an Stelle der Hegemonie Frankreichs die Hegemonie Rußlands und an Stelle des demokratischen Prinzips das legitimistische trat, ohne dessen Aufrechterhaltung durch fortwährende Interventionen der Friede nicht gesichert zu werden können schien.

Deutlich genug gehen die eigentlichen Ziele der Heiligen Allianz aus der Geschichte ihres Ursprungs hervor. Sie war anfangs als ein Bund zwischen Rußland und England zur Niederwerfung Napoleons I. gedacht. Zu dem Zwecke wollte man, wie Alexander I. von Rußland dem englischen Kabinet im Jahre 1804 auseinandersetzen ließ, die Völker Europas zum Freiheitskampfe aufrufen. Dann sollte ein Friedensbund gegründet werden, in dem Rußland und England die Vorherrschaft ausüben sollten, „da sie die beiden einzigen seien, die durch ihre Lage unwandelbar an der Herrschaft der Ordnung und Gerechtigkeit interessiert sind, die einzigen, die durch ihre Lage imstande sind, diese Herrschaft der Ordnung und der Gerechtigkeit aufrecht zu erhalten, und die, frei von widerstreitenden Wünschen und Interessen, niemals diese glückliche Ruhe stören würden“. Man kam im Vertrag vom 11. April 1805 überein: „Lebhaftes Interesse an der Diskussion und genauen Definition des Prinzips der Nationen, an seiner Garantie durch allgemeine Zustimmung und durch Errichtung eines Föderativsystems in Europa zu nehmen, die Unabhängigkeit der schwächeren Staaten durch Errichtung einer gewaltigen Barriere gegen den Ehrgeiz der Mächtigen zu sichern.“ Wie wenig ernst dies gemeint war, zeigt die Tatsache, daß Alexander I. sich kaum zwei Jahre darauf mit Napoleon I. in Tilsit über eine Teilung Europas zu einigen suchte, die nur daran scheiterte, daß Napoleon I. den Russen Konstantinopel nicht überlassen wollte. Infolgedessen kam der russische Selbstherrscher nach dem Ausbruch des Kampfes mit Napoleon I. wieder auf seine Völkerbefreiungspläne zurück, um diese in der Heiligen Allianz durch die legitimistischen Prinzipien zu ersetzen, die aus dem *Projet pour la paix perpétuelle St. Pierre's* (Artikel 3) herrührend, die europäischen Herrscher zu Billnig im Jahre 1792

zur Einmischung in die Verhältnisse Frankreichs veranlaßt hatten und damit die Ursache zu einer beinahe 25 jährigen Kriegsperiode geworden waren. In der That hat die Heilige Allianz die Hegemonie Rußlands in Ost- und Mitteleuropa begründet, bis sie durch den Krimkrieg gebrochen wurde.

Nach ihrer Beseitigung hat Napoleon III. den Versuch gemacht, den Frieden Europas auf dem bisherigen Macht- und ideenpolitischen Imperialismus zu begründen, indem er Frankreich und die liberale Idee an die Spitze Europas zu bringen suchte und auf diese Weise Frankreich im Verlaufe von 15 Jahren in nicht weniger als vier Kriege stürzte. Er war der erste Herrscher Europas, der mit der pazifistischen Bewegung rechnete, die, von angelsächsischen Puritanern nach dem Wiener Kongreß ins Leben gerufen, im Laufe des 19. Jahrhunderts allmählich die ganze Kulturwelt ergriff, sich in Vereinen und auf Kongressen organisierte und auf die Parlamente und Regierungen Einfluß zu gewinnen begann. Wie beinahe alle idealistischen Bewegungen, so hatte der Pazifismus das Schicksal, daß er von imperialistischen Regierungen aufgegriffen und in den Dienst ihrer Interessen gestellt wurde. Er sollte ihnen dazu dienen, um ihnen in den Augen der Kulturwelt von vornherein ein moralisches Alibi für einen infolge der von ihnen betriebenen imperialistischen Politik hervorgerufenen Krieg zu verschaffen und die Schuld auf den Gegner zu werfen. Nachdem Napoleon III. mit Hilfe des Militärs die Gewalt an sich gerissen hatte, erklärte er sich in den bekannten Worten: „L'Empire c'est la paix“ für eine Politik des Friedens. Ein paar Jahre darauf erklärte er Rußland den Krieg und opferte in der Krim 100 000 Franzosen einer zwecklosen Gloirepolitik, die Frankreich die Herrschaft über die Levante bringen sollte, in Wirklichkeit aber nur England nützte. Darauf stürzte er sich, unter dem Vorwande, das Nationalitätenprinzip verwirklichen zu wollen, in Wirklichkeit aber in der Absicht, Frankreich die Hegemonie über die Apenninenhalbinsel zu erwerben, in das italienische Abenteuer. In der Hoffnung, die Führerschaft über die romanischen Nationen gewinnen zu können, ließ er sich in die gänzlich verfehlte mexikanische Expedition ein. Zu gleicher Zeit verfolgte er den Plan, als Preis für die Zulassung der Einigung Deutschlands Belgien und das linke Rheinufer zu erwerben, eine Politik, die schließlich zum Kriege von 1870/71 führte. Während er aber eine Diplomatie betrieb, die immer neue Kriege erregte, floß sein Mund über von pazifistischen Phrasen und friedfertigen Reden. In der Thronrede vom 5. November 1863 erklärte er, ein Jahr vor der mexikanischen Expedition, einen europäischen Friedenskongreß einberufen zu wollen, der über allgemeine Abrüstung und Schiedsgewalt beraten sollte. Er wollte den Staatsmännern Europas sagen: „Haben die Vorurteile und Ränke, die uns trennen, nicht schon lange genug gedauert? Wird die Eifersucht, ja Rivalität der Großmächte nicht den dauernden

Kulturfortschritt hemmen? Werden wir immer gegenseitiges Mißtrauen nicht durch übertriebene Rüstungen aufrecht erhalten? Sollen die kostbaren Hilfsquellen bis ins Unendliche sich in einer vergeblichen Rüstung mit inneren Kräften erschöpfen? Werden wir ewig einen Zustand erhalten, der weder der sichere Friede, noch der aussichtsreiche Krieg ist? Haben wir doch den Mut, an Stelle des krankhaften Zustandes eine stabile und geregelte Situation zu setzen, selbst wenn es Opfer kosten würde. Vereinigen wir uns doch ohne vorgefaßtes System, ohne Ehrgeiz, von dem einzigen Gedanken besetzt, eine von nun an auf dem wohlverstandenen Interesse der Fürsten und Völker begründete Ordnung der Dinge zu errichten.“ Aber 1866 konnte ein deutsch-französischer Krieg nur durch den schnellen Friedensschluß von Nikolsburg verhindert werden. Dann versuchte Napoleon III. die Luxemburger Frage zur Konfliktfrage zu machen. Ein paar Monate vor dem Ausbruch des Krieges von 1870 ließ er im Februar durch den englischen Gesandten Loftus Preußen einen Abrüstungsvorschlag unterbreiten; er erbot sich sogar, selbst mit der Abrüstung beginnen zu wollen und ließ tatsächlich in einem am 21. März der Kammer unterbreiteten Gesetzentwurf den Vorschlag machen, das Jahreskontingent von 100 000 Mann auf 90 000 Mann herabzusetzen. Kurz darauf stellte er an Preußen in der spanischen Thronkandidatur jene Zumutungen, die zum Krieg führten.

Napoleons III. politische Charakteristik ist dadurch gegeben, daß er den Ehrgeiz hatte, wie Napoleon I., über Europa die Suprematie zu erlangen. Er strebte nach der Würde eines Schiedsrichters in Europa, ohne aber seine Humanität mit seiner Herrschsucht in Einklang bringen zu können, die ihn immer wieder zu Interventionen und Imperialismen trieb. So war vielfach der humanitäre Pazifismus Napoleons III. ein Mittel seiner imperialistischen Politik; es ist doch zum mindesten zwischen seiner Thronrede vom Jahre 1863 und den Zielen, mit denen er in den deutsch-französischen Krieg eintrat, ein unüberbrückbarer Widerspruch.

Ebenso wie vom französischen Imperialismus wurde der Pazifismus von dem russischen und englischen Imperialismus in seinen Dienst gestellt. Zweifellos war Zar Nikolaus II. eine im innersten friedliche, aber schwache Natur, die aufrichtig die dauernde Sicherung des Weltfriedens anstrebte. Das Zaren-Manifest vom 28. August 1898 entsprach seiner tiefsten Überzeugung und war ohne egoistische Nebenabsichten von ihm erlassen worden. Ebenso wünschte ein Teil der russischen Politiker, wie der Graf Witte, den Frieden. Aber weder sie noch der Zar hatten das Reich wirklich in der Hand. Die eigentlichen Leiter der russischen Politik trieben hinter der Fassade des Zaren-Manifestes eine grandiose ostasiatische Expansionspolitik. Bei einer solchen Erober-

rungspolitik mußte man unbedingt mit Japan und mit England zusammenstoßen. So steht das Zaren-Manifest in seltsamem Widerspruch zu dem mandschurischen Kriege von 1904/05.

Am zielbewußtesten aber hat die englische Politik den Pazifismus für ihre imperialistischen Zwecke zu benutzen verstanden. Er deckte sich bis zu einem gewissen Punkte mit den Interessen des englischen Imperialismus und war bis zu diesem Punkte sicherlich ehrlich gemeint. Es wäre für das englische Imperium zweifellos ein ungeheurer Gewinn gewesen, wenn es sein ungeheures im Laufe der Jahrhunderte zusammengesetztes Weltreich in einem pazifistischen System sichern und dauernd zu einer Domäne für die englische Nation machen konnte. Die Politik, mit deren Hilfe England sein ungeheures Kolonialreich durch Herstellung der Verbindung zwischen seinem afrikanischen und asiatischen Teile über Ägypten, Arabien, Mesopotamien und Südpersien zu vollenden suchte, wurde vom König Eduard im Namen des Friedens betrieben. Die Verträge von 1904, die die Mittelmeer- und die Orientfrage unter Ausschaltung von Deutschland zu lösen suchten, wurden als Mittel zur Beilegung des englisch-französischen Gegensatzes bezeichnet. Dasselbe behauptete man von dem russisch-englischen Vertrage von 1907, der Persien aufteilte. Mit Recht hat der belgische Gesandte Greindl einmal geschrieben: „Die herkömmlichen friedlichen Versicherungen bedeuten recht wenig im Munde dreier Mächte, die eben erst, wie Rußland und England, wenn auch mit verschiedenem Erfolg, nur in dem Bestreben sich zu vergrößern; ja ohne plausiblem Vorwand die Eroberungskriege in der Mandschurei und in Transvaal geführt haben, oder die wie Frankreich gerade jetzt zur Eroberung Marokkos schreiten unter Nichtachtung feierlicher Versprechungen und ohne anderen Rechtstitel, als die Übertragung der Rechte Englands, die dieses selbst nicht besaß.“

Wenn man einen Blick durch die Geschichte wirft, so steht eines jedenfalls unbedingt fest: Jede Friedenspolitik, die nach dem Vorbilde der Pax romana den Weg der Gewalt und Unterdrückung geht, die zweideutig ist und zwei Gesichter hat, sei es, daß sie sich zur Durchführung legitimistischer oder demokratischer Prinzipien als angeblich notwendiger Vorbedingungen des Friedens nach der Art der französischen Revolution oder der Heiligen Allianz zu einer Einmischungspolitik in die inneren Verhältnisse anderer Staaten verleiten läßt, sei es, daß sie unter dem Deckmantel des Pazifismus imperialistische Ziele verfolgt und den anderen Völkern die Gleichberechtigung versagt, jede solche Friedenspolitik ist zu unbedingtem Scheitern verurteilt. Wie die Erfahrung gezeigt hat, führt sie nur zu immer neuen Konflikten und Kriegen. Dieser Weg ist also nicht gangbar. Wenn die Geschichte dazu da ist, daß man aus ihr lernt, so müssen alle Völker

darin einig sein, Bestrebungen abzulehnen, die auf Vergewaltigung unter der Flagge eines Völkerbundes ausgehen.

Ein Friede, der von Dauer sein soll, der Völkerbund, muß auf der Grundlage allseitigen Verzichtes auf imperialistische Politik und Einmischung beruhen. Er kann nur auf dem Prinzip der Verständigung, der Freiheit und der Gleichberechtigung bei dem Ausgleich der Interessen geschlossen werden. Nach den Erlebnissen dieses Krieges wie nach den Erfahrungen der Geschichte kann die Welt ihr Heil ebensowenig in einer Pax britannica finden — das mögen sich die Entente-Imperialisten gesagt sein lassen — als in einem „deutschen Gewaltfrieden“ auch nicht im Osten — das mögen sich unsere Machtpolitiker gesagt sein lassen. Für diese Art der Friedenssicherungen ist in der neuen Ordnung, die die Menschheit sich mit Aussicht auf ihre Dauer bauen will, kein Raum mehr. Die Bevormundungspolitik hat ihre Rolle ausgespielt. In allen Ländern wissen das die Vernünftigen. Wir muten keinem Volke zu, sich unserem Willen zu unterwerfen; die Entente soll uns nicht zumuten, daß wir uns ihr unterwerfen.

Ein dauernder Weltfrieden kann nur in dem Geiste der Absage jedes Volkes an Vorherrschaftsgelüste zustande kommen.

Das ist zugleich die Lehre, die die christliche Religion seit beinahe zwei Jahrtausenden der Menschheit gegeben hat.

Drittes Kapitel.

Das Papsttum und der Friede.

Diejenige Macht, die sich zum ersten Male in der Geschichte im schärfsten Gegensatz zu der antiken Auffassung, nach der Krieg der Vater aller Dinge ist, zu dem Friedensgedanken prinzipiell bekannte, ist die christliche Religion. „Kriegstheologen“ suchen dies zwar in Abrede zu stellen und dadurch den herrlichen Welttempel Christi zu schänden. Zu allen Zeiten haben es aber die Päpste als die Stellvertreter Christi als eine ihrer vornehmsten Aufgaben angesehen, den Krieg zu verhindern und den Frieden wiederherzustellen. Als erstes Mittel zu diesem Ziele galt der Kirche die Umwandlung des Menschen aus einem von egoistischen und sinnlichen Begierden beherrschten Wesen in ein durch die Grundsätze der Religion und der Moral der christlichen Gerechtigkeit und Liebe geleitetes. War diese Umwandlung geschehen, dann war der dauernde